

Kapitel 2: Begriffliche Abgrenzungen

Der durch die Reform des Sicherungsverwahrungsrechts bekannt gewordene Begriff „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ ist zwar neuartig, muss aber als Teil der gesamten wissenschaftlichen und öffentlichen Berichterstattung zur elektronischen Überwachung von Straftätern verstanden werden, die nunmehr seit mehr als 20 Jahren währt und bereits verschiedene Begriffe beziehungsweise Namensgebungen hervorgebracht hat: electronic monitoring, elektronische Überwachung, elektronische Fußfessel, elektronisch überwachter Hausarrest, elektronische Aufsicht und – eben als jüngste Schöpfung – elektronische Aufenthaltsüberwachung. Diese Begriffe tauchen auch im Rahmen der wiederentfachten Diskussionen und neu erscheinenden Publikationen rund um die elektronische Aufenthaltsüberwachung immer wieder auf, es kommt zu Vermengungen und synonyme Verwendung. Ob all diese Begriffe aber tatsächlich dasselbe bedeuten beziehungsweise wie sie voneinander abzugrenzen sind, bleibt zu oft unklar. Deshalb ist es neben der zunächst vorzunehmenden und notwendigen Näherung an den Begriff der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (A.) mindestens ebenso wichtig, eine Differenzierung der gängigen Begriffe vorzunehmen (B.) und diese kritisch zu hinterfragen (C.). Zudem ist es unerlässlich, festzulegen, mit welchen der genannten Begriffe im Verlauf der Untersuchungen gearbeitet werden sollte (D.).

A. Annäherung an den Begriff „elektronische Aufenthaltsüberwachung“

Die Bezeichnung „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ wurde vom Gesetzgeber als offizielle Bezeichnung gewählt und durch den § 68b I S. 1 Nr. 12 StGB als Weisung im Rahmen der Führungsaufsicht ins Gesetz eingeführt. Diese Norm besagt, dass das zuständige Gericht einen Straftäter anweisen kann, die für eine elektronische Überwachung seines Aufenthaltsortes erforderlichen technischen Mittel ständig in betriebsbereitem Zustand bei sich zu führen und deren Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, heißt, nicht zu manipulieren. Nicht deutlich wird durch die Implementierung, wie die Überwachung technisch funktioniert und welche Reichweite sie haben soll. Eingeführt wurde sie zur Überwachung von Straftätern, die aus der Haft oder der Sicherungsverwahrung entlassen werden müssen, jedoch weiterhin als gefährlich eingestuft werden.²³ Die bestehende Gefahr liegt in der Wahrscheinlichkeit der erneuten Begehung von Straftaten der in § 66 III StGB genannten Art – konkreter: Gewalt- oder Sexualstraftaten. Mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung soll vor allem die Durchsetzung und effizientere Überprüfung von aufenthaltsbezogenen Weisungen aus § 68b I S. 1 Nr. 1, Nr. 2 StGB mit Hilfe der GPS-Technik gewährleistet werden.²⁴ In der Regel ist es möglich, bestimmte Ge- oder Verbotszonen einzurichten, die die überwachte Person nicht betreten oder verlassen darf. Die Einhaltung dieser Weisungen wird mittels GPS-Technik überwacht. Auch eine Anordnung zu präventiven Zwecken und ohne Kombination mit aufenthaltsbezogenen Weisungen ist nach dem Willen des Gesetzgebers möglich. Zwar werden

²³ Vgl. Kap. 6, A. zu den Anordnungsvoraussetzungen der elektronischen Aufenthaltsüberwachung.

²⁴ BT-Drs. 17/3404, S. 17.; Vgl. Kap. 6, A., I., 2.

die Positionsdaten in regelmäßigen und kurzen Abständen erhoben, dennoch findet die Überwachung gerade nicht in Echtzeit statt: Die erhobenen und gespeicherten Positionsdaten werden nur anlassbezogen eingesehen, etwa wenn ein Weisungsverstoß gemeldet wird und dieser nicht durch den Betroffenen aufgeklärt werden kann.²⁵ Gerade weil eine begangene Straftat oder ein Weisungsverstoß tatsächlich erst im Nachhinein festgestellt werden kann, wäre es falsch, anzunehmen, dass es die aktuelle gesetzliche Regelung erlaubt, die durch die elektronische Aufenthaltsüberwachung kontrollierten und als gefährlich geltenden Straftäter permanent und in Echtzeit, also 100%ig, zu überwachen. Über diese Tatsache gab es gerade zu Beginn der Diskussionen Unklarheiten. Nicht wenige gingen angesichts der Klientel und der grundsätzlichen technischen Machbarkeit von der Annahme aus, dass nun eine permanente Kontrolle in Echtzeit durch die elektronische Aufenthaltsüberwachung stattfindet.

B. Abgrenzung zu ähnlichen Begriffen

Die elektronische Aufenthaltsüberwachung im Sinne des § 68b I S. 1 Nr. 12 StGB ist weder die erste noch aktuell die einzige in Deutschland existierende Form der technisch gestützten Überwachung von Straftätern. Im Rahmen der bereits lange andauernden Entwicklungen wurden verschiedene Einsatzmöglichkeiten für technische Systeme zur Überwachung von Straftätern diskutiert und erprobt. Im Zuge der Diskussionen haben sich verschiedene Begriffe herausgebildet und es sind Namen für Modellprojekte entstanden, die Ähnliches oder vermeintlich Gleiches bezeichnen: Neben der bereits kursorisch eingegrenzten elektronischen Aufenthaltsüberwachung muss der Inhalt der Begriffe „electronic monitoring“, „elektronische Überwachung“, „elektronische Fußfessel“, „elektronisch überwachter Hausarrest“ und „elektronische Aufsicht“ erläutert werden. Zudem ist fraglich, ob diese Begriffe tatsächlich dasselbe bezeichnen sollen oder wie sie voneinander abgegrenzt werden können.

Vorangestellt werden kann die Bestimmung der Begriffe „electronic monitoring“ und „elektronische Überwachung“. Beide sind als Oberbegriffe zu verstehen, die alle technisch unterstützten Überwachungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Kontrolle von Straftätern umfassen. „Electronic monitoring“ stammt aus dem Überwachungspionierland USA und gilt dort als gängiger Sammelbegriff für die mannigfaltig existierenden Überwachungsprogramme. Auch andere Länder haben den Begriff im Zuge erster Pilotversuche als Oberbegriff für die Überwachung von Straftätern durch technische Mittel übernommen.²⁶ Die Diskussionen in Deutschland waren am Anfang ebenfalls von diesem englischen Begriff geprägt, allerdings wurde als deutsches Äquivalent schnell der Begriff der „elektronischen Überwachung“ gebildet. Heute nur noch als Oberbegriff zu verstehen, fallen darunter im Rahmen der Überwachung von Straftätern neben der elektronischen Aufenthaltsüberwachung weitere drei Unterbegriffe, deren Inhalt es zu Abgrenzungszwecken zu klären gilt: „elektronisch überwachter Hausarrest“, „elektronisch überwachte Aufsicht“ und „elektronische Fußfessel“.

²⁵ Vgl. Kap. 6, B., III. zu den Verwendungsvoraussetzungen.

²⁶ *Haverkamp*, Elektronisch überwachter Hausarrestvollzug, S. 7.

Für die aktuelle Diskussion um die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist die Abgrenzung zum Begriff der „elektronischen Fußfessel“ elementar. Beide Begriffe werden sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft oft synonym verwendet, weshalb sich die Frage stellt, ob sie tatsächlich dasselbe meinen beziehungsweise von derselben Qualität sind. Während „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ die offiziell vom Gesetzgeber gewählte wissenschaftliche Bezeichnung darstellt, ist der Begriff „elektronische Fußfessel“ kritisch zu betrachten: Bereits seit den 1990er-Jahren wird er als plakativer Begriff von den Medien, der Politik und der Wissenschaft eingesetzt. Auch der Gesetzgeber hat ihn bei der Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung beschreibend herangezogen.²⁷ Die Nutzung des Begriffs „elektronische Fußfessel“ transportiert jedoch nicht die Realität der Überwachung. Vielmehr suggeriert er eine tatsächliche und dauerhafte physische Behinderung des Trägers und erweckt den Eindruck, dass ein Wegbewegen durch die Behinderung durch die „Fessel“ zumindest stark eingeschränkt, wenn nicht gar unmöglich ist. Auch die Assoziation mit dem Wort „fesseln“ unterstützt die Annahme, dass die überwachte Person tatsächlich gezwungen ist, an einem bestimmten Ort zu verweilen. Die Nutzung des Begriffs „elektronische Fußfessel“ transportiert folglich die Annahme, dass die überwachte Person durch technische Mittel in ihrer Bewegung zumindest stark eingeschränkt ist. Das Verständnis der tatsächlichen Ausgestaltung der Maßnahme wird durch die Nutzung dieses bildhaften Begriffs derart beeinflusst, dass die elektronische Aufenthaltsüberwachung oft als permanent kontrollierende Maßnahme zur Sicherheit der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern eingeordnet wird. Dabei ist dies doch gerade nicht der Fall: Die überwachte Person beziehungsweise ihre Bewegung wird durch die elektronische Aufenthaltsüberwachung gerade nicht ausgeschlossen²⁸ und auch nicht permanent in Echtzeit kontrolliert. Somit wird durch die Nutzung des Begriffs „elektronische Fußfessel“ eine falsche Vorstellung über die Funktionsweise der elektronischen Aufenthaltsüberwachung vermittelt, sodass er insgesamt kritisch zu bewerten ist und nicht synonym verwendet werden sollte.

Der Begriff „elektronische Fußfessel“ setzte sich bereits während der Diskussionen um den hessischen Modellversuch zum elektronisch überwachten Hausarrest²⁹ durch und wurde auch in Bezug auf den Modellversuch zur elektronisch überwachten Aufsicht³⁰ unter der Schirmherrschaft von Baden-Württemberg genutzt. Beide Begriffe bezeichnen Arten der elektronischen Überwachung und tauchen auch in Diskussionen um die elektronische Aufenthaltsüberwachung auf. Insbesondere aber kommt es zu begrifflichen Ungenauigkeiten bei der Abgrenzung zwischen dem elektronisch überwachten Hausarrest und der elektronischen Aufenthaltsüberwachung. Beide Formen der elektronischen Überwachung werden nämlich heute mit Hilfe der GPS-Technik durchgeführt, haben aber von Grund auf unterschiedliche Ziele und Reichweiten: Beim elektronisch überwachten Hausarrest geht es ausschließlich um die

²⁷ BT-Drs. 17/3403, S. 16 f.

²⁸ Vgl. Kap. 7, E. zur Frage der Beschränkung der Freiheit durch die elektronische Aufenthaltsüberwachung.

²⁹ Vgl. Kap. 3, C., II. zum hessischen Modellversuch. Der Modellversuch zum „elektronisch überwachten Hausarrest“ begann am 02.05.00 in Frankfurt und wurde in den Folgejahren auf das gesamte Bundesland ausgeweitet.

³⁰ Vgl. Kap. 3, C., III. zum Modellversuch „elektronische Aufsicht.“

Anwesenheitskontrolle des positiv prognostizierten Straftäters in seiner eigenen Wohnung. Diese darf er allerdings zu vereinbarten Zwecken, die in einem Stundenplan festgelegt werden, verlassen.³¹ Insbesondere ist die überwachte Person hier angehalten, am Arbeitsleben teilzunehmen. Eine Überwachung der Anwesenheit am Arbeitsplatz ist möglich. Eine Überwachung außerhalb der Wohnung in Form eines Bewegungsprofils findet hingegen nicht statt.

Die elektronisch überwachte Aufsicht bezeichnet eine variable Form der elektronischen Überwachung, die im Rahmen eines Modellprojekts des Landes Baden-Württemberg erprobt wurde: Je nach Bedarf beziehungsweise Bedürfnissen des Probanden kann das Hausarrestmodell mit einer technischen Überwachung außerhalb der Wohnung kombiniert werden. Nach § 2 EAStVollzG kann die elektronische Aufsicht im Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe und zur Entlassungsvorbereitung angeordnet werden. Wie auch im hessischen Modellprojekt kann zunächst die Anwesenheit der überwachten Person in der Wohnung überwacht werden. Darüber hinaus erlaubt § 3 I, II EAStVollzG auch eine GPS-gestützte Überwachung außerhalb der Wohnung, und, soweit dies notwendig erscheint, sogar die Erstellung eines Bewegungsprofils. Beide Modellprojekte zielen zwar wie die elektronische Aufenthaltsüberwachung auf die Überwachung von Straftätern, zeigen jedoch bereits begrifflich, dass in Bezug auf die Reichweite, Zielgruppe und Ausgestaltung immense Unterschiede zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung bestehen. Während der elektronisch überwachte Hausarrest sich auf die Anwesenheitsüberprüfung in der Wohnung des Überwachten beschränkt und damit weniger Überwachungsspielraum als die elektronische Aufenthaltsüberwachung aufweist, geht die elektronische Aufsicht zumindest mit der zusätzlichen Möglichkeit der Erstellung eines Bewegungsprofils einen Schritt weiter. Aufgrund der dargestellten Unterschiede ist die synonyme Verwendung dieser beiden Begriffe im Rahmen der Diskussionen um die elektronische Aufenthaltsüberwachung sachfremd und abzulehnen.

C. Kritische Betrachtung der einzelnen Begriffe

Alle bisher gängigen Begriffe sind kritisch zu betrachten. Keiner scheint die vom Gesetzgeber gewählte und in § 68b I S. 1 Nr. 12 StGB manifestierte Überwachungsform tatsächlich treffend zu beschreiben.

Die Begriffe „elektronisch überwachter Hausarrest“ und „elektronische Aufsicht“ sind bereits aufgrund ihrer divergierenden Inhalte, ihrer Reichweite und Probandenstruktur nicht auf die Bundesregelung übertragbar. Darüber hinaus ist der Begriff „elektronisch überwachter Hausarrest“ selbst als Bezeichnung für das hessische Modellprojekt nicht unumstritten: Zwar geht es um eine elektronische Form der Überwachung, jedoch handelt es sich streng genommen nicht um einen Hausarrest, da der Überwachte durch den vereinbarten Stundenplan ja gerade dazu angehalten wird, seine Wohnung regelmäßig zu verlassen.³² *Haverkamp* verweist auf verschiedene Definitionen, die einvernehmlich bestätigen, dass es sich beim Hausarrest

³¹ *Haverkamp Schwedler/Wößner*, R&P 30 (2012), 9 (9).

³² Vgl. Kap. 3, C., II., 3.; *Haverkamp*, Elektronisch überwachter Hausarrestvollzug, S. 7 f.

um ein „Gefangenhalten in der eigenen Wohnung“³³ handelt, während beim elektronisch überwachten Hausarrest gerade „keine ununterbrochene Einschließung“³⁴ stattfindet. Der Oberbegriff „elektronische Überwachung“ wäre während des hessischen Modellprojektes grundsätzlich in Frage gekommen, da dieses seinerzeit das einzige in Deutschland existierende Projekt war. Da es mittlerweile aber verschiedene Überwachungsmodelle beziehungsweise -projekte gibt, die alle unter diesen weiten Begriff fallen, kann die elektronische Überwachung nur noch als allgemeiner Oberbegriff für die verschiedenen Arten der elektronischen Überwachung genutzt werden.

Weitaus wichtiger ist die kritische Betrachtung des Begriffs „elektronische Fußfessel“, da dieser im Rahmen der Diskussionen um die elektronische Aufenthaltsüberwachung oft synonym verwendet wird. Er erscheint für die wissenschaftliche Diskussion ungeeignet, da er „als moderne Neuauflage der simplen Eisenkugel“³⁵ erscheint und so ein falsches Bild erzeugt. Der überwachten Person wird zwar eine Sendeeinheit oberhalb des Knöchels angelegt, sie wird jedoch nicht im körperlichen Sinn gefesselt. *Kunze* führt dazu Folgendes aus: „Wäre der Begriff ‚elektronische Fußfessel‘ mittlerweile nicht so fest besetzt, müsste man vielleicht darüber nachdenken, das ‚Kind‘ einfach anders zu benennen. Vielleicht ließe sich dann das Bild der Eisenkugel aus den Köpfen verdrängen.“³⁶ Auch *Brauneisen* stellt fest, dass es „besser wäre, den Begriff der Fußfessel zu vermeiden“ und „eine andere passende, allgemein anerkannte Bezeichnung für den deutschen Sprachgebrauch“³⁷ zu finden. Auch wenn *Haverkamp* zugesteht, dass der Begriff „elektronische Fußfessel“ das „Vorstellungsvermögen von ihrer Funktionsweise“³⁸ erleichtert, ist eine wissenschaftliche Verwendung des Begriffs insgesamt abzulehnen – auch wenn er durch § 16 HStVollzG mittlerweile sogar Einzug ins Strafvollzugsgesetz des Landes Hessen gefunden hat.

Auch der vom Gesetzgeber gewählte Begriff der elektronischen Aufenthaltsüberwachung ist nicht unkritisch, da er suggerieren kann, dass eine permanente Überwachung des gefährlichen Straftäters in Echtzeit gewährleistet wird. Tatsächlich findet eine solche aber gerade nicht statt, da die Positionsdaten nur anlassbezogen eingesehen werden dürfen, § 463a IV StPO. Der Begriff „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ formt also die Idee einer vollumfänglichen Überwachung einer Person in Echtzeit und vermittelt damit das Gefühl von einem Mehr an Sicherheit. Tatsächlich wäre eine präzisere Bezeichnung wünschenswert, um deutlich zu machen, um was für eine Maßnahme es sich tatsächlich handelt, zum Beispiel durch „anlassbezogene Kontrolle des Aufenthalts durch elektronische Mittel“,

³³ *Haverkamp*, Elektronisch überwachter Hausarrestvollzug, S. 6.

³⁴ *Haverkamp*, BewHi 2/2003, 164 (165).

³⁵ *Haverkamp*, BewHi 2/2003, 164 (165).

³⁶ *Kunze*, FS 1/2008, 33 (35).

³⁷ *Brauneisen*, StV 5/2011, 311 (312).

³⁸ *Haverkamp*, Elektronisch überwachter Hausarrestvollzug, S. 5.

„anlassbezogene elektronische Aufenthaltsüberprüfung“ oder „geschehensabhängige Prüfung des Aufenthalts“. Ebenfalls passen würde *Pollähnes* „satellitengestützte Führungsaufsicht“³⁹ oder der nun von *Haverkamp*, *Schwedler* und *Wößner* gewählte Begriff „Führungsaufsicht mit satellitengestützter Überwachung“⁴⁰.

Problematisch ist insbesondere, dass die Trennschärfe angesichts der verschiedenen Möglichkeiten der elektronischen Überwachung zwischen den verschiedenen kursierenden Begriffen scheinbar verloren geht. So kommt es häufig vor, dass auch in wissenschaftlichen Beiträgen die verschiedenen Bezeichnungen synonym genutzt werden, so wird zum Beispiel jede Form der elektronischen Überwachung als elektronische Aufenthaltsüberwachung bezeichnet. Es muss klar sein, dass der Begriff „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ nicht als Oberbegriff für alle technischen Überwachungsarten gelten kann, sondern ausschließlich die Bezeichnung für die nun in § 68b I S. 1 Nr. 12, S. 3 StGB normierte Form der elektronischen Überwachung im Rahmen der Führungsaufsicht ist. Den Bedarf einer exakten Benennung der verschiedenen Überwachungsmöglichkeiten zeigt auch der Versuch einer Abgrenzung durch die Unterscheidung in „große Fußfessel“ und „kleine Fußfessel“, wobei die erstgenannte die elektronische Aufenthaltsüberwachung meint und die letztgenannte den elektronisch überwachten Hausarrest.⁴¹ Wäre eine Unterscheidung an sich wünschenswert, so ist diese – abgesehen von der grundsätzlichen Kritik am Begriff „elektronische Fußfessel“ – erneut nichtssagend und dürfte für Unklarheiten sorgen.

Abschließend stellt sich die Frage, ob dem Bürger mit der dauerhaften Nutzung des Begriffs „elektronische Fußfessel“ etwas anderes verkauft wird, als tatsächlich praktiziert wird. Zwar suggerieren beide Begriffe dem Bürger ein Mehr an Sicherheit durch eine engmaschige Kontrolle zu einem Zeitpunkt, an dem mit der Kritik des EGMR an der Sicherungsverwahrung ein wesentliches Mosaik im Sicherheitsarrangement weggebrochen zu sein schien und der weitere Umgang mit den als gefährlich geltenden Straftätern unklar war.⁴² Allerdings existiert der Begriff „elektronische Fußfessel“ bereits über Jahrzehnte und scheint heute – trotz aller Kritik – fast aus Bequemlichkeit weiter genutzt zu werden. Seine Nutzung sei selbstverständlich und die Etablierung nicht mehr rückgängig zu machen.⁴³ Dennoch sollte zumindest die Wissenschaft für eine exakte Abgrenzung der verschiedenen Formen der elektronischen Überwachung beziehungsweise für deren konsequente Benennung eintreten und den plakativen Begriff „elektronische Fußfessel“ zugunsten der konkreteren Begriffe fallen lassen.

³⁹ *Pollähne*, CILIP 2/2011, 63 (63).

⁴⁰ *Haverkamp/Schwedler/Wößner*, NK 2/2012, 62 ff.

⁴¹ *FAZ*, Blamage für hessische Sicherheitsbehörden, Salafist reist trotz Fußfessel offenbar nach Syrien.; *Spiegel-Online*, Salafist trotz Fußfessel nach Syrien ausgereist.

⁴² Bereits nach kurzer Zeit war freilich klar, dass die Sicherungsverwahrung nicht abgeschafft, sondern reformiert werden würde.

⁴³ *Kunze*, FS 1/2008, 33 (35).; *Brauneisen*, StV 5/2011, 311 (312).

D. Festlegungen für die Untersuchung

Nachdem nun die grundsätzliche Problematik hinsichtlich der Abgrenzung der verschiedenen Formen der elektronischen Überwachung und deren Namensgebung dargestellt wurden, stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese Festlegungen auf den Verlauf dieser Untersuchung haben werden. Der Begriff „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ ist nicht frei von Kritik, ist aber die offizielle und vom Gesetzgeber gewählte Bezeichnung. Deshalb ist der Begriff „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ im Verlauf dieser Untersuchung heranzuziehen, wenn es um die Weisung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (§ 68b I S. 1 Nr. 12, S. 3 StGB) geht. Der Begriff der „elektronischen Überwachung“ hingegen ist als Oberbegriff für die verschiedenen Überwachungsmodelle im nationalen, europäischen oder internationalen Raum zu verwenden. Ist im Verlauf der Arbeit vom elektronisch überwachten Hausarrest oder der elektronischen Aufsicht die Rede, kann es sich dabei nur um die beiden in Deutschland durchgeführten Modellprojekte der Länder Hessen und Baden-Württemberg handeln. Die synonyme Verwendung der verschiedenen Begriffe sowie die Verwendung des Begriffs „elektronische Fußfessel“ sind strikt abzulehnen. Der Begriff „elektronische Fußfessel“ ist zu ungenau, differenziert nicht zwischen den verschiedenen Überwachungsmodellen, die mittlerweile in Deutschland existieren, und vermittelt lediglich eine oberflächliche Idee der Funktionsweise und sollte deshalb in wissenschaftlichen Publikationen, Gesetzesbegründungen oder Gesetzen gemieden werden.

Auf Schritt und Tritt – die elektronische
Aufenthaltsüberwachung
Entwicklung, Rechtsgrundlagen, Verfassungsmäßigkeit
Kaiser, A.
2016, XVI, 262 S., Hardcover
ISBN: 978-3-658-14346-6